



Geschäfte des EFD 2018

1. Quartal

Bundesfinanzen

- **Rechnung 2017:** Im Jahr 2017 schliesst der Bundeshaushalt mit einem überraschend hohen ordentlichen Überschuss von 2,8 Milliarden Franken ab. Diese deutliche Verbesserung gegenüber dem Voranschlag ist vor allem auf höhere Einnahmen aus der Verrechnungssteuer zurückzuführen. Der Bundesrat hat das Rechnungsergebnis erfreut zur Kenntnis genommen und den finanzpolitischen Rahmen für den nächsten Budgetprozess festgelegt. Die Aussichten für die Jahre 2019-2021 haben sich etwas aufgehellt, der Handlungsspielraum ist aber kleiner als der Finanzierungsbedarf für die aktuell diskutierten Reformen und Projekte. (14.2.)
- **Staatsfinanzen:** In den Jahren 2016 bis 2018 präsentiert sich die Finanzlage der öffentlichen Haushalte erfreulich positiv. Vor allem beim Bund können dank den überraschend hohen Einnahmen aus der Verrechnungssteuer grosse Überschüsse erzielt werden. Auch bei den Kantonen und den Sozialversicherungen kann mit positiven Saldi gerechnet werden, während die Ergebnisse der Gemeinden ziemlich ausgeglichen ausfallen dürften. Angesichts dieser positiven Lage kann in den nächsten Jahren vor allem beim Bund und bei den Sozialversicherungen mit einer Entschuldung gerechnet werden. Dies zeigen die neuen Zahlen der Finanzstatistik. (8.3.)
- **Nachtrag I:** Der Bundesrat hat den Nachtrag I zum Voranschlag 2018 verabschiedet. Damit unterbreitet er dem Parlament sechs Nachtragskredite von insgesamt 40 Millionen Franken. Die Nachtragskredite führen im laufenden Jahr zu einer Erhöhung der budgetierten Ausgaben um 0,05 Prozent. (22.3.)

Vom Bundesrat verabschiedete / angeordnete EFD-Botschaften

- **Systemrelevante Banken:** Systemrelevante Banken sollen aufgrund von Too-big-to-fail-Instrumenten nicht zusätzlich steuerlich belastet werden, weil sie diese Instrumente über ihre Konzernobergesellschaft herausgeben müssen. Das hat der Bundesrat beschlossen und überweist die Botschaft ans Parlament. (14.2.)
- **Umtauschfrist von Banknoten:** Der Bundesrat hat die Botschaft zur Teilrevision des Bundesgesetzes über die Währung und Zahlungsmittel (WZG) verabschiedet. Mit der Revision wird die Umtauschfrist von 20 Jahren für alte Banknoten ab der sechsten Serie aufgehoben. (21.2.)
- **Heiratsstrafe:** Die Heiratsstrafe bei der direkten Bundessteuer soll beseitigt werden. Das beantragt der Bundesrat in seiner Botschaft zur Ehepaarbesteuerung, die er verabschiedet hat. Damit soll eine jahrzehntelange Kontroverse beendet und die verfassungswidrige Mehrbelastung der betroffenen Ehepaare aufgehoben werden. Die Vorlage führt zu jährlichen Mindereinnahmen bei der direkten Bundessteuer von rund 1,15 Milliarden Franken. (21.3.)
- **Verrechnungssteuer:** Die Verrechnungssteuer soll auch dann zurückerstattet werden, wenn die Einkünfte in der Steuererklärung fahrlässig nicht deklariert wurden. Das hat der Bundesrat beschlossen und die Botschaft ans Parlament verabschiedet. (28.3.)

Vom Bundesrat eröffnete Vernehmlassungen zu EFD-Geschäften

- **Global Forum:** Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zur Umsetzung der Empfehlungen des Global Forum on Transparency and Exchange of Information for Tax Purposes (Global Forum) eröffnet. Der Gesetzesentwurf schlägt die Umwandlung der Inhaberaktien in Namenaktien sowie ein Sanktionssystem für Pflichtverletzungen vor. (17.1.)
- **Eigenmittelverordnung:** Das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) hat eine Vernehmlassung zur Änderung der Eigenmittelverordnung (ERV) eröffnet. Im Vordergrund der Revision stehen Kapitalanforderungen für eine allfällige Sanierung und Abwicklung (Gone-concern-Anforderungen), die nun auch für die drei nicht international tätigen systemrelevanten Schweizer Banken eingeführt werden sollen. (23.2.)
- **Finanzausgleich:** Der nationale Finanzausgleich erreicht seine Ziele weitgehend. Das Ziel der Minimalausstattung ressourcenschwacher Kantone wird indessen mehr als erfüllt. Dies zeigt der neue Wirksamkeitsbericht, den der Bundesrat in die Vernehmlassung gegeben hat. Der Bundesrat schliesst sich den Vorschlägen der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) weitgehend an und befürwortet eine garantierte Mindestausstattung von neu 86,5 Prozent des schweizerischen Mittels. (9.3.)

Internationales

- **Besuch in Bulgarien:** Bundesrat Ueli Maurer weilte in Sofia, wo er Finanzminister Vladislav Goranov zu einem Arbeitsbesuch traf. (5.1.)
- **Beirat Zukunft Finanzplatz:** Der Bundesrat ist über den Jahresbericht des Beirates Zukunft Finanzplatz informiert worden. Ein Schwerpunkt in diesem Jahr bildete das Thema Cyber-Sicherheit. Daneben befasste sich das Beratungsgremium mit einer Reihe von weiteren strategisch relevanten Themen wie den Auswirkungen des Tiefzinsumfeldes auf die Rahmenbedingungen der Altersvorsorge, dem Regulierungsprozess im Bereich der Finanzmarktpolitik oder der Entwicklung des Schweizer Kapitalmarktes. (10.1.)
- **Zusammenarbeit mit Hongkong:** Bundesrat Ueli Maurer und die Regierungschefin von Hongkong Carrie Lam haben sich in Bern getroffen, um die bilaterale Zusammenarbeit im Finanzbereich zu vertiefen und sich über internationale Finanz- und Steuerthemen auszutauschen. Beim Treffen unterzeichneten Behörden- und Branchenvertreter aus Hongkong und der Schweiz drei Memorandums of Understanding (MoU). (23.1.)
- **Exporte:** Der schweizerische Aussenhandel schaltete im vergangenen Jahr gegenüber 2016 nochmals einen Gang höher: Die Exporte legten um 4,7 Prozent zu und erklommen einen neuen Rekord. Die Importe wuchsen um 6,9 Prozent und damit am kräftigsten seit 2010. Nebst der aufgehellten Konjunkturlage weltweit spielten in beiden Handelsrichtungen die Abschwächung des Schweizer Frankens beziehungsweise die Preisentwicklung eine massgebende Rolle. Mit einem Überschuss von 34,8 Milliarden Franken schloss die Handelsbilanz 6 Prozent (bzw. 2,1 Milliarden Franken) tiefer als im Vorjahr. (30.1.)
- **Österreichischer Vizekanzler und kasachischer Finanzminister zu Besuch:** Bundesrat Ueli Maurer empfing den österreichischen Vizekanzler Heinz-Christian Strache und den kasachischen Finanzminister Bakhyt Sultanov zu Besuchen in Bern. (2.2.)
- **Besuch in Saudi-Arabien und in den Vereinigten Arabischen Emiraten:** Bundesrat Ueli Maurer stattete Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten zusammen mit der Schweizer Finanzbranche einen Arbeitsbesuch ab. Begleitet wurde er dabei vom Staatssekretär für internationale Finanzfragen Jörg Gasser. Im Zentrum dieser zweiten Reise mit Vertretern der Schweizer Finanzbranche im Rahmen der Finanzmarktpolitik standen Gespräche über die Zusammenarbeit in Finanz- und Steuerfragen. (20.2.)
- **G20-Finanzministertreffen:** Das erste Treffen der G20-Finanzminister und Notenbankgouverneure unter argentinischer Präsidentschaft und mit der Schweiz als

Gastland, fand am 19. und 20. März in Buenos Aires statt. Ausgangspunkt der Diskussionen, bei denen sich auch Bundesrat und Finanzminister Ueli Maurer äusserte, bildete die Feststellung des spürbaren und andauernden wirtschaftlichen Aufschwungs, der auf zwei Aspekte einspurte: Die Frage der Nachhaltigkeit des Wachstumspfads und geeigneter Massnahmen um diesen zu optimieren, sowie die Konfrontation mit Herausforderungen, die die Digitalisierung im Finanz- und Fiskalbereich mit sich bringt. (20.3.)

- **IWF:** Laut dem Internationalen Währungsfonds (IWF) verfestigt sich der Konjunkturaufschwung in der Schweiz weiter. Die Schweizer Wirtschaft habe die wechselkursbedingten Herausforderungen der letzten Jahre meistern können. Der IWF unterstützt anstehende Strukturreformen, insbesondere eine rasche Umsetzung der Unternehmenssteuerreform «Steuervorlage 17». Er anerkennt auch Fortschritte zur Stärkung der Stabilität des Finanzsektors. Potenzielle Risiken ortet der Währungsfonds insbesondere in der internationalen Handelspolitik und im inländischen Immobilien- und Hypothekarmarkt. (26.3.)
- **QuickZoll:** Die Eidgenössische Zollverwaltung (EZV) ermöglicht ab Ostern das Verzollen via Smartphone. Dies ist ein erstes Ergebnis des Transformationsprogramms DaziT. Mit DaziT werden die Dienstleistungen der EZV für Privatpersonen und Firmen bis Ende 2026 systematisch vereinfacht und digitalisiert. Auch für die Wirtschaft bietet DaziT erste Ergebnisse: Firmen können Begleitdokumente zur Zollanmeldung neu digital einreichen. (27.3.)
- **Swissmint:** An der World Money Fair in Berlin Anfang Februar 2018 fand die traditionelle Verleihung der «Coin of the Year Awards» der Verlagsgruppe Krause Publications statt. Die Swissmint gewinnt den in der Münzenwelt angesehenen Preis in der Kategorie «Best Contemporary Event Coin». (27.3.)

Reformprojekte des Bundesrates

- **Steuervorlage 17:** Bundesrat Ueli Maurer hat den Bundesrat über den aktuellen Stand der Steuervorlage 17 (SV17) informiert. Dabei hat der Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartements (EFD) den Zeitplan bestätigt, wonach erste Massnahmen Anfang 2019 und der Hauptteil der SV17 im Jahr 2020 in Kraft treten könnten. Für den Bundesrat ist der Handlungsbedarf im Bereich der Unternehmenssteuern dringlich. (11.1.)
- **Eckwerte für Botschaft:** Der Bundesrat hat die Eckwerte für die Botschaft zur Steuervorlage 17 beschlossen. Aufgrund der Ergebnisse aus der Vernehmlassung hat sich der Bundesrat entschieden, dass der Kantonsanteil an der direkten Bundessteuer auf 21,2 Prozent erhöht werden soll. Das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) wurde beauftragt, bis Ende März die Botschaft auszuarbeiten. (31.1.)
- **Steuervorlage 17:** Der Bundesrat hat die Botschaft zur Steuervorlage 17 verabschiedet. Er will mit der Vorlage, auch aufgrund der internationalen Entwicklungen im Unternehmenssteuerbereich, zügig Verbesserungen für in- und ausländische Unternehmen schaffen. Die SV17 leistet einen entscheidenden Beitrag zu einem wettbewerbsfähigen Standort Schweiz und damit zu Wertschöpfung, Arbeitsplätzen und Steuereinnahmen für Bund, Kantone und Gemeinden. (21.3.)

Wichtige Verordnungen

- **Liegenschaftskostenverordnung:** Der Bundesrat hat die totalrevidierte Liegenschaftskostenverordnung verabschiedet. Sie konkretisiert die im Zuge der Energiestrategie 2050 beschlossenen neuen Abzüge für Hausbesitzer bei der direkten Bundessteuer. Die Bestimmungen treten am 1. Januar 2020 in Kraft. (9.3.)
- **Schwerverkehrsabgabeverordnung:** Der Bundesrat hat diverse Änderungen der Schwerverkehrsabgabeverordnung (SVAV) beschlossen. Diese treten am 1. Mai 2018 in Kraft. (9.3.)

Weitere EFD-Geschäfte

- **Neue Finanzordnung 2021:** Bundesrat Ueli Maurer hat an einer Medienkonferenz die Argumente des Bundesrats zugunsten einer Annahme der neuen Finanzordnung 2021 dargelegt. Mit der Verfassungsänderung wird sichergestellt, dass der Bund seine beiden wichtigsten Einnahmenquellen, die direkte Bundessteuer und die Mehrwertsteuer, auch in Zukunft erheben kann. Die Weiterführung der beiden Steuern war im Parlament unbestritten. (9.1.)
- **PUBLICA:** Die Pensionskasse des Bundes PUBLICA erzielte 2017 mit ihren zwei Anlagestrategien auf dem gesamten Anlagevermögen von gut 39 Milliarden Schweizer Franken eine geschätzte Netto-Gesamtrendite (nach allen Kosten und Steuern) von 6,7 Prozent (Vorjahr 5,06 Prozent). Die Anlagestrategie für die offenen Vorsorgewerke erzielte 7,1 Prozent, diejenige für die geschlossenen Vorsorgewerke 3,3 Prozent. Mit knapp 3 Prozent lieferten Investitionen in Schwellenländern 2017 den grössten Beitrag an die Gesamtperformance. Der durchschnittliche Deckungsgrad aller 20 Vorsorgewerke, die der Sammeleinrichtung angeschlossen sind, betrug Ende 2017 schätzungsweise gut 107 Prozent. (17.1.)
- **UCC:** Das Informatiksteuerungsorgan des Bundes hat das IKT-Programm zur bundesweiten Einführung einer neuen integrierten Kommunikationslösung UCC (Unified Communication & Collaboration) Ende 2017 erfolgreich und innerhalb des Budgets abgeschlossen. Mit der Implementierung von UCC auf über 43'000 Arbeitsplätzen hat die Bundesverwaltung die Telefonie und Informatik zusammengelegt und stellt den Mitarbeitenden neue Funktionalitäten für das mobile Arbeiten zur Verfügung. (18.1.)
- **Blockchain/ICO:** Das Staatssekretariat für internationale Finanzfragen (SIF) ruft eine Arbeitsgruppe zu Blockchain/ICO ins Leben. Mit Einbezug des Bundesamts für Justiz (BJ), der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht (FINMA) und in enger Konsultation mit der Branche wird die Arbeitsgruppe die rechtlichen Rahmenbedingungen überprüfen und allfälligen Handlungsbedarf aufzeigen. (18.1.)
- **Sondermünzen:** Die Eidgenössische Münzstätte Swissmint lancierte zwei neue Sondermünzen für Sammler und Liebhaber. Die Bimetallmünze «Silberdistel» beschliesst die dreiteilige Serie «FLORA ALPINA». Mit der Silbermünze «Klausenpass» startet gleichzeitig eine neue Serie zum Thema «Schweizer Alpenpässe». (25.1.)
- **PUBLICA:** Die Kassenkommission der Pensionskasse des Bundes PUBLICA hat die Anpassung der technischen Parameter per 1. Januar 2019 definitiv beschlossen. Der technische Zinssatz und der Umwandlungssatz werden gesenkt, um die technischen Grundlagen den wirtschaftlichen und demographischen Entwicklungen anzupassen. Die Kassenkommission und die paritätischen Organe der Vorsorgewerke sehen Abfederungsmassnahmen vor. (29.1.)
- **Stempelabgaben:** Per 1. März 2018 tritt eine Änderung im Bundesgesetz über die Stempelabgaben in Kraft. Das hat der Bundesrat beschlossen. (31.1.)
- **alcosuisse ag:** Der Bundesrat hat beschlossen, die alcosuisse ag – das ehemalige Profitcenter der Eidgenössischen Alkoholverwaltung (EAV) – an die Thommen-Furler AG in Rüti bei Büren (BE) zu verkaufen. Die Privatisierung des bisherigen staatlichen Alleinimporteurs von Ethanol erfolgt im Hinblick auf die Liberalisierung des Ethanolmarktes auf Anfang 2019. (2.2.)
- **Personalbefragung:** Die Bundesverwaltung zeichnet sich nach wie vor durch engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit hoher Leistungsbereitschaft aus. Dies zeigen die Ergebnisse der Personalbefragung 2017, die der Bundesrat zur Kenntnis genommen hat. (21.2.)
- **Zollverwaltung:** Die Migrationslage in der Schweiz hat sich 2017 im Vergleich zum Vorjahr beruhigt. Die Eidgenössische Zollverwaltung (EZV) hatte 2016 insgesamt 48 838 rechtswidrige Aufenthalter festgestellt, im vergangenen Jahr waren es 27 300. Die Einnahmen der EZV sind leicht angestiegen und belaufen sich auf 22,5 Milliarden Franken. Den Hauptanteil daran hat die Mehrwertsteuer. (22.2.)
- **Mehrsprachigkeit:** Von der Strategie zur konkreten Umsetzung der Mehrsprachigkeitsförderung in der Bundesverwaltung: An einer Veranstaltung im

- Bernerhof haben sich vier Amtsdirektorinnen und Amtsdirektoren des Bundes über ihre Erfahrungen und die Hindernisse, die es noch zu überwinden gilt, ausgetauscht. (27.2.)
- **Bauprodukte:** Der Bundesrat hat den Bericht «KMU-taugliche Umsetzung des Bauproduktgesetzes – Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulates 15.3937 Fässler vom 24. September 2015» gutgeheissen. (9.3.)
 - **Reporting Personalmanagement:** Mit dem Reporting Personalmanagement informiert der Bundesrat jährlich über die Entwicklung im Personalbereich der Bundesverwaltung. Er hat die Berichterstattung über das Jahr 2017 gutgeheissen. (9.3.)
 - **IKT-Sourcing-Strategie:** Der Bundesrat hat die Rahmenbedingungen für die künftige Beschaffung und Bereitstellung von IKT-Leistungen beschlossen. Er hat dazu die IKT-Sourcing-Strategie des Bundes für 2018–2023 gutgeheissen und das Informatiksteuerungsorgan des Bundes mit deren Umsetzung beauftragt. (9.3.)
 - **Umweltaspekte in der Finanzmarktpolitik:** Die ökologische Nachhaltigkeit im Finanzgeschäft hat weiter an Bedeutung gewonnen. Der Bundesrat hat sich über die entsprechenden nationalen und internationalen Entwicklungen sowie das Engagement des Bundes informieren lassen. Der regelmässige Informations- und Meinungsaustausch zwischen den zuständigen Behörden und der Finanzbranche, der zuletzt Mitte Januar 2018 stattfand, wird angesichts der positiven Dynamik intensiver geführt werden. (16.3.)
 - **IKT:** Der Bundesrat hat den strategischen IKT-Controllingbericht per 31. Dezember 2017 zur Kenntnis genommen. Dieser informiert über den aktuellen Umsetzungsstand der IKT-Strategie 2016-2019 und der IKT-Schlüsselprojekte. Zwei IKT-Schlüsselprojekte konnten erfolgreich abgeschlossen werden, ein neues IKT-Vorhaben wurde als solches festgelegt. Der Bundesrat hat zudem beschlossen, die IKT-Leistungen zur Bewirtschaftung von Webauftritten der zentralen Bundesverwaltung künftig zu konsolidieren und zentral zu führen. Ausserdem wird das IKT-Portfoliomanagement künftig bundesweit vereinheitlicht. (16.3.)
 - **Risikomanagement Bund:** Der Bundesrat hat Stellung genommen zum Bericht der Geschäftsprüfungskommissionen der eidgenössischen Räte (GPK) über das Risikomanagement des Bundes. Er begrüsst die konstruktive Zusammenarbeit mit den GPK: Der Bericht trägt dazu bei, das Risikomanagement des Bundes als Führungsinstrument zu festigen. (23.3.)

Geschäfte des EFD in den eidgenössischen Räten

In der Frühlingssession verabschiedete Vorlagen

- **Heiratsstrafe:** Ehepaare sollen weiterhin gemeinsam besteuert werden. Das will der Ständerat. Er hat mehrere Standesinitiativen und eine Motion abgelehnt, welche die Individualbesteuerung fordern. Generell will der Ständerat zur Abschaffung der sogenannten Heiratsstrafe keinen weiteren Auftrag an den Bundesrat richten. Er folgte damit seiner Wirtschaftskommission. Diese ist der Ansicht, die Arbeiten seien auf Kurs. Der Bundesrat hat die Vorlage bereits ausgearbeitet. Er will sie aber noch einmal beraten - zusammen mit der Steuervorlage 17. Das soll im März geschehen, wie Finanzminister Ueli Maurer sagte. (26.2.)
- **Löhne:** Der Ständerat will keinen fixen Lohndeckel von 500'000 Franken für bundesnahe Betriebe wie Post, SBB oder Ruag. Er hat eine Motion von Nationalrat Corrado Pardini (SP/BE) mit 34 zu 8 Stimmen bei zwei Enthaltungen abgelehnt. Pardini hatte verlangt, dass der höchste Lohn in Betrieben, deren Mehrheitsaktionär oder Haupteigner der Bund ist, 500'000 Franken nicht übersteigen dürfe. Der Mehrheit im Ständerat war diese Vorgabe zu starr. Doch auch die kleine Kammer zeigte sich offen für eine Beschränkung der höchsten Löhne in bundesnahen Betrieben. (26.2.)
- **Steuern:** Der Ständerat hat drei Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) gutgeheissen, nämlich jene mit Lettland, Pakistan und dem Kosovo. Dem Abkommen mit Lettland hat

der Nationalrat bereits zugestimmt. Über die beiden anderen DBA muss die grosse Kammer noch befinden. Gestrichen haben die Räte im Abkommen mit Lettland eine Klausel, wonach künftige vergleichbare Doppelbesteuerungsabkommen nicht mehr dem fakultativen Referendum unterstehen würden. Alle Abkommen enthalten Bestimmungen aus dem Projekt von OECD und G20 zur Bekämpfung von Gewinnverkürzung und -verlagerung (BEPS). (26.2.)

- **Internet:** Für die Einrichtung von schnellem Internet in Randgebieten werden keine steuerlichen Anreize für Unternehmen geschaffen. Der Ständerat hat eine Motion aus dem Nationalrat abgelehnt. Nationalrat Jean-Paul Gschwind (CVP/JU) hatte Steuerbefreiungen verlangt für Kabelfernsehtz- und Telekommunikationsbetreiber, die in Randregionen investieren. Die ständerätliche Fernmeldekommission (KVF) hielt steuerliche Anreize aber für wenig sinnvoll und für administrativ aufwendig. (26.2.)
- **Finanzausgleich:** Der Ständerat hat auf Basis einer Interpellation über den Finanzausgleich diskutiert. Finanzminister Ueli Maurer stellte fest, es handle sich um ein sensibles Thema. Der Finanzausgleich sei nicht nur ein finanzielles Instrument, sondern ein Instrument für die Kohäsion des Landes. Wenn die Politik das Gleichgewicht nicht finde, sei der Zusammenhalt gefährdet, sagte Maurer. Die strukturellen Voraussetzungen der Nehmerkantone seien nicht so, dass man sie wesentlich verbessern könne. Auf der anderen Seite seien die Geberkantone nicht bereit, auf immer und ewig zu zahlen. Es brauche kluge Lösungen. (26.2.)
- **Bankgeheimnis:** Das Parlament zieht einen Schlussstrich unter die Bankgeheimnis-Initiative. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat den Gegenvorschlag zum inzwischen zurückgezogenen Volksbegehren abgeschrieben. Das Volksbegehren war als Reaktion auf die Pläne des Bundesrates für ein schärferes Steuerstrafrecht lanciert worden mit dem Ziel, das Bankgeheimnis in der Schweiz in der Verfassung zu verankern. Der Rückzug der Initiative zeichnete sich ab, nachdem National- und Ständerat die Revision des Steuerstrafrechts im letzten Dezember per Motion blockiert hatten. (28.2.)
- **Auslandschweizer:** Systemrelevante Banken sollen nicht verpflichtet werden, Auslandschweizern ein Bankkonto zu annehmbaren Bedingungen anzubieten. Der Nationalrat hat eine Motion von Ständerat Filippo Lombardi (CVP/TI) mit 132 zu 48 Stimmen abgelehnt - mit Lombardis Einverständnis. Roland Rino Büchel (SVP/SG) als Sprecher der Aussenpolitischen Kommission berichtete, dass Vertreter der Banken und der Auslandschweizer eine Einigung gefunden hätten. Auslandschweizer würden demnach Informationen zu Möglichkeiten einer Bankverbindung erhalten. Die Auslandschweizer-Organisation und eine Westschweizer Bank hätten zudem einen Vertrag über Zugangsbedingungen zu für die Auslandschweizer annehmbaren Bedingungen geschlossen. (28.2.)
- **Bundesverwaltung:** Der Nationalrat fordert eine Reduktion der Staatsaufgaben mit Rücksicht auf anstehende Grossprojekte und eine Senkung der gebundenen Ausgaben. Er unterstützte zwei Motionen der SVP-Fraktion. Als Ziel forderte die SVP in der ersten, mit 101 zu 94 Stimmen angenommenen Motion eine Senkung der Staatsquote um mindestens 5 Prozent, ohne dass Aufgaben auf Kantone oder Gemeinden verlagert werden. Die zweite Motion verlangt eine Reduktion der gebundenen Aufgaben um 5 Prozent bis zum Budget 2022. Finanzminister Ueli Maurer beantragte die Ablehnung der Vorstösse und nannte die Forderungen unrealistisch. (28.2.)
- **Bundespöersonal:** Der Nationalrat nimmt das Lohnsystem des Bundes einmal mehr ins Visier. Er will es entschlacken, die Löhne an diejenigen der Privatwirtschaft angleichen und Entschädigungen für Nebenbeschäftigungen strikter regeln. Er hat gleich drei Motionen aus den Reihen der SVP angenommen. Der Bundesrat lehnte alle Vorstösse ab. Finanzminister Ueli Maurer rechtfertigte das komplizierte System mit den vielfältigen Aufgaben und Anforderungen der Angestellten des Bundes. Es gebe zwar Verbesserungspotenzial, räumte er ein. Notwendig seien aber differenzierte Lösungen. (28.2.)
- **Finanzmarkt:** Der Bundesrat muss aufzeigen, wie den Tessiner und Genfer Finanzsektoren bei grenzüberschreitenden Dienstleistungen geholfen werden kann.

Der Nationalrat hat ein Postulat von Giovanni Merlini (FDP/TI) mit 138 zu 47 Stimmen angenommen. Hintergrund ist die EU-Finanzmarkttrichtlinie Mifid II. Weil Italien und Frankreich diese restriktiv auslegen, darf grenzüberschreitende Finanzdienstleistungen nur noch anbieten, wer eine Filiale oder Zweigniederlassung auf ihrem Gebiet hat. Der Bundesrat zeigte sich einverstanden mit dem Postulat. (28.2.)

- **Beschaffungen:** Das System für die Beurteilung der Lohngleichheit im Beschaffungswesen soll verfeinert werden. Das will der Nationalrat und unterstützte dazu eine Motion von Franz Grüter (SVP/LU) mit 126 zu 67 Stimmen. Grüter fordert eine faire und korrekte Beurteilung der Lohnzahlungen und kritisiert, dass die zurzeit angewendete Methode die für das einzelne Unternehmen spezifischen Faktoren nicht angemessen berücksichtige. Der Bundesrat lehnte die Motion ab. (28.2.)
- **Cyber-Angriffe:** Der Nationalrat will vom Bundesrat Aufschluss darüber, wie er die Nationale Strategie zum Schutz vor Cyber-Risiken anwenden will. Er überwies dazu mit 100 zu 93 Stimmen ein Postulat von Roger Golay (MCG/GE). Golay kritisiert die Aufteilung der Zuständigkeiten und bemängelt, dass die Aktivitäten des Bundes im Zusammenhang mit Cybersicherheit nicht gut aufeinander abgestimmt schienen. Der Bundesrat hatte sich gegen den Vorstoss ausgesprochen und auf die laufenden Arbeiten verwiesen. (28.2.)
- **Mineralölsteuer:** Schweizer Lastschiffe sollen bei der Mineralölsteuer nicht Pistenfahrzeugen gleichgestellt werden. Der Nationalrat sieht davon ab, sie von dieser Steuer zu befreien. Für Pistenfahrzeuge hatte das Parlament diese Ausnahmeregelung geschaffen. Mit 103 zu 85 Stimmen lehnte der Nationalrat eine Motion von Ulrich Giezendanner (SVP/AG) ab. Lastschiffe benutzen bekanntlich keine Strassen und seien sehr umweltfreundlich, argumentierte Giezendanner. Kein Verständnis für den Vorschlag hatte der Bundesrat. Die Mineralölsteuer sei keine Strassennutzungsgebühr. (28.2.)
- **Roboter:** Der Nationalrat erachtet es als nicht zweckmässig, eine Besteuerung von Robotern und künstlicher Intelligenz zu prüfen. Er hat ein Postulat von Mathias Reynard (SP/VS) mit 133 zu 54 Stimmen abgelehnt. Reynard argumentierte, es sei notwendig, die Risiken der neuen Innovationen einzudämmen. Um den Verlust von Arbeitsplätzen auszugleichen, sei eine Besteuerung von Robotern eine angemessene Lösung. Für den Bundesrat ist eine solche Steuer nicht wünschenswert, weil damit Innovation und Produktivität gebremst werde. (28.2.)
- **Verrechnungssteuer:** Der Bund soll die Verrechnungssteuer auch dann zurückerstatten, wenn die Erträge ordentlich besteuert werden, aber aus Versehen nicht genau deklariert wurden. Der Nationalrat hat einer Motion von Daniela Schneeberger (FDP/BL) zugestimmt. Der Bundesrat ist bereits daran, das Gesetz entsprechend zu präzisieren. (28.2.)
- **Finanzmarktaufsicht:** Die Regulierung bei Bundesrat und Parlament, die Kontrolle bei der Finanzmarktaufsicht (Finma): Der Nationalrat will im Finanzmarkt eine Gewaltentrennung und unterstützt eine entsprechende Motion seiner Wirtschaftskommission (WAK). Aufsichtstätigkeit und Regulierung sollen im Gesetz klar getrennt werden, sagte WAK-Sprecher Martin Landolt (BDP/GL). Den Vorstoss, der eine Änderung des Finanzmarktaufsichtsgesetzes verlangt, nahm die grosse Kammer mit 126 zu 52 Stimmen und gegen den Willen des Bundesrates an. Nun ist der Ständerat am Zug. (6.3.)
- **Bundespersonal:** Der Nationalrat verlangt, dass ein automatischer Teuerungsausgleich beim Bundespersonal verhindert wird. Er hat mit 102 zu 86 Stimmen einer Motion seiner Finanzkommission zugestimmt. Diese will die Bestimmungen zum Teuerungsausgleich aufheben. Eine Mehrheit war der Ansicht, der gesetzlich verankerte Grundsatz eines angemessenen Teuerungsausgleichs entfalte faktisch einen Automatismus. Kritik äusserte der Bundesrat. Es bestehe gar kein Anspruch auf einen automatischen Teuerungsausgleich, stellte Finanzminister Ueli Maurer im Rat klar. Über die Motion muss noch der Ständerat befinden. (6.3.)
- **Steuern:** Das Parlament hebt die Pflicht zur Unterschrift unter die Steuererklärung auf. Der Nationalrat hat eine Motion mit diesem Ziel aus dem Ständerat

oppositionslos überwiesen. Damit wird es möglich, die Steuererklärung rein elektronisch einzureichen. Mit dem Anliegen einverstanden ist auch der Bundesrat. Er will die gesetzliche Grundlage im Rahmen der Vorlage zur elektronischen Identität bis im Sommer schaffen. (6.3.)

- **Krankenkasse:** Höhere Pauschalabzüge bei der Bundessteuer sollen den Anstieg der Krankenkassenprämien dämpfen. Das verlangt der Nationalrat mit einer Motion von Jean-Pierre Grin (SVP/VD), die er mit 115 zu 77 Stimmen unterstützte. Demnach soll der Abzug für Alleinstehende von heute 1700 auf 3000 Franken erhöht werden. Für Ehepaare wären es neu 6100 Franken statt 3500 Franken. Pro Kind respektive pro unterstützungsbedürftige Person könnten 1200 Franken (heute 700 Franken) von der Bundessteuer abgezogen werden. Der Bundesrat hält dagegen, dass die höheren Abzüge zu erheblichen Mindereinnahmen für den Bund führen würden. Nun ist der Ständerat am Zug. (6.3.)
- **Steuern:** Die Verjährungsregeln für Verrechnungssteuern und Stempelabgaben sollen jenen für die Mehrwertsteuer angeglichen werden. Der Nationalrat hat dazu eine Motion von Thomas Aeschi (SVP/ZG) mit 101 zu 92 Stimmen angenommen. Aeschi hatte mit Rechtssicherheit argumentiert und für die Verrechnungs- und die Stempelabgaben vor allem die fehlende Trennung zwischen Festsetzungs- und Bezugsverjährung sowie die fehlende absolute Verjährungsfrist moniert. Der Bundesrat lehnte die Motion ab. In seinen Augen könnte sie dazu führen, dass Steuerforderungen vermehrt verjähren könnten. Auch könnte sie Anreiz sein, Verfahren bewusst in die Länge zu ziehen. (6.3.)
- **Bundesverwaltung:** Die Bundesverwaltung soll nur noch bei Schweizer Unternehmen Dokumente drucken lassen. Der Nationalrat hat eine Motion von Felix Müri (SVP/LU) mit 96 zu 85 Stimmen bei zehn Enthaltungen angenommen. Die SBB-Zeitschrift "Via" zum Beispiel werde in Deutschland gedruckt, monierte Müri im Rat, und auch der Bund lasse immer wieder im Ausland drucken. Finanzminister Ueli Maurer lehnte den Vorstoss ab. Alle Aufträge an Betriebe im Inland zu vergeben, widerspreche den internationalen Verpflichtungen und auch dem Beschaffungsrecht.(6.3.)
- **Bundesverwaltung:** Der Bund soll bei Stabsaufgaben, Planung, Organisation und Koordination Personal einsparen. Das verlangt der Nationalrat mit der Unterstützung einer Motion von Sandra Sollberger (SVP/BL). Die grosse Kammer stellte sich mit 98 zu 93 Stimmen hinter den Vorstoss. Nun ist der Ständerat am Zug. Die Massnahmen sollen gemäss dem Vorstoss in die Personalstrategie des Bundesrates für die Jahre 2020 bis 2023 einfließen. Bundesrat Ueli Maurer äusserte sich gegen die Motion und verwies auf die grösser werdende Arbeitslast durch die immer zahlreicheren Vorstösse der Ratsmitglieder. (6.3.)
- **Justiz:** Der Nationalrat will nicht unterscheiden zwischen Prozess- und Geschäftsanwälten. Er will ein gleichzeitiges Ausüben beider Aktivitäten auch nicht verbieten. Der Rat lehnte eine parlamentarische Initiative mit 137 zu 51 Stimmen ab. Initiant Carlo Sommaruga (SP/GE) hatte sein Begehren nach den Medienberichten über die Panama Papers eingereicht. Er begründete es mit der "problematischen Rolle" von Anwälten als Berater bei Offshore-Gesellschaften, deren Ziel es sei, "strafrechtlich relevante Taten zu verbergen", etwa das Umgehen der Steuerpflicht. In der Augen der ablehnenden Mehrheit ist es jedoch schwierig, die beiden Funktionen strikte auseinanderzuhalten. (6.3.)
- **Geldpolitik:** Der Nationalrat will nichts wissen von der Schaffung eines Staatsfonds aus den Reserven der Schweizerischen Nationalbank. Er lehnte eine Motion von Susanne Leutenegger Oberholzer (SP/BL) mit 132 zu 58 Stimmen ab. Leutenegger Oberholzer hatte auf die "historisch einmalig hohen Devisenreserven" der Nationalbank von derzeit über 700 Milliarden Franken verwiesen. Die Bevölkerung als Eigentümerin der SNB habe strategisch wenig bis nichts davon. Ein Teil der Mittel sollte für die AHV eingesetzt werden und zur Dämpfung des Prämienanstiegs bei den Krankenkassen. Der Bundesrat hatte sich gegen die Motion ausgesprochen. (6.3.)
- **Fleischschmuggel:** Der Bundesrat muss prüfen, wie der Fleischschmuggel in die Schweiz eingedämmt werden kann. Der Nationalrat hat mit 97 zu 91 Stimmen bei vier

Enthaltungen ein Postulat von Marcel Dettling (SVP/SZ) angenommen. Ihm schweben dabei eine Aufstockung des Grenzwachtkorps oder härtere Bussen vor. Aus Sicht des Bundesrates ist das Anliegen zwar berechtigt, aber nicht zielführend. Die Schweiz verzeichne jeden Tag zwei Millionen Grenzübertritte, machte Finanzminister Ueli Maurer geltend. Eine lückenlose Kontrolle sei auch mit Tausenden zusätzlichen Grenzwächtern nicht möglich. (6.3.)

- **Steuern:** Der Bundesrat muss einen Bericht vorlegen, in dem er die aggressive Steuerpolitik einzelner EU- und OECD-Länder aufzeigt. Dies verlangt der Nationalrat in einem überwiesenen Postulat von Giovanni Merlini (FDP/TI). Gegenüber der Schweiz bestehe eine feindselige Haltung in Steuersachen, die jeder Kohärenz entbehre, kritisierte Merlini. Gleichzeitig heckten verschiedene Länder in der EU und der OECD mit "offensichtlicher Lust" immer neue Steueranreize aus. Der Bundesrat lehnte die Motion ab. Aus öffentlich zugänglichen Daten einen Bericht zu erstellen, mache wenig Sinn, betonte Finanzminister Ueli Maurer. (6.3.)
- **Migration:** Der Nationalrat pocht darauf, dass der Bundesrat das Grenzwachtkorps bei einer starken Zunahme der Migration an der Südgrenze rasch und so lange wie notwendig mit mindestens 50 Angehörigen verstärkt. Er hat eine Motion von Albert Rösti (SVP/BE) mit 102 zu 91 Stimmen gutgeheissen. Finanzminister Ueli Maurer erklärte, die Forderung der Motion sei bereits erfüllt. Im Rahmen der Notfallplanung Asyl habe der Bundesrat ein Massnahmenpaket für diesen Fall beschlossen. Über die Motion befindet sich der Ständerat. (6.3.)
- **Bundesverwaltung:** Der Nationalrat will vom Bundesrat wissen, was Öffentlichkeitsarbeit und externe Beratungen den Bund in den letzten zehn Jahren gekostet haben, aufgeschlüsselt nach Departement. Im mit einem Postulat von Leo Müller (CVP/LU) bestellten Bericht sollen auch Sparmöglichkeiten dargelegt werden. Müller sprach von einem Kostenwachstum und wies darauf hin, dass es wichtig sei, von Zeit zu Zeit Rechenschaft abzulegen über die Kostenentwicklung. Auch wolle er wissen, ob frühere Sparabsichten des Bundesrates umgesetzt worden seien. Der Bundesrat lehnte das Postulat ab und verwies auf die Angaben in der Staatsrechnung. Die Entwicklung über die letzten zehn Jahre zeige, dass die Kosten in beiden Bereichen praktisch unverändert geblieben seien. (7.3.)
- **Steuern:** Schweizer Unternehmen sollen Bussen, die im Ausland gegen sie verhängt werden, nicht von den Steuern absetzen können. Das hat der Ständerat mit 30 zu 6 Stimmen entschieden. Er folgte damit der Minderheit und dem Bundesrat. Die Mehrheit der Wirtschaftskommission hätte ausländische Bussen, Geldstrafen und finanzielle Verwaltungssanktionen abzugsfähig machen wollen, unterlag aber klar. Dass nur die Extrempositionen "abzugsfähig" und "nicht abzugsfähig" einander gegenüber und zur Debatte standen, befriedigte die Ratsmitglieder nicht. Nun ist der Nationalrat am Zug. (7.3.)
- **Rohstoffhandel:** Der Bundesrat muss mögliche Geldwäscherei im Rohstoffhandel untersuchen lassen. Der Ständerat hat mit 24 zu 11 Stimmen ein Postulat von Anne Seydoux (CVP/JU) angenommen. Im Bericht soll geschätzt werden, wie hoch der Prozentsatz der Handelsgeschäfte ist, die von der Schweiz aus getätigt werden und Gegenstand einer Finanzierung durch die Banken sind. Zudem soll der Bundesrat die Sorgfaltspflichten der Banken bei solchen Geschäften darstellen und untersuchen, ob diese eingehalten werden. Seydoux wies auf einen Bericht von Public Eye hin, der zur Einleitung eines Verfahrens wegen Korruption und Geldwäscherei durch die Bundesanwaltschaft führte. Der Bundesrat stellte sich gegen das Postulat. (7.3.)
- **Wehrpflichtersatzabgabe:** Mit 172 zu 0 Stimmen bei 20 Enthaltungen (Nationalrat) und 42 zu 0 Stimmen (Ständerat) genehmigten die eidgenössischen Räte in den Schlussabstimmungen die neue Regelung für die Wehrpflichtersatzabgabe, mit der neu auch bezahlt werden muss, wenn nach der Entlassung aus dem Militärdienst nicht alle Diensttage geleistet worden sind. (16.3.)
- **DBA mit Lettland:** Der Nationalrat (mit 124 zu 60 Stimmen bei 9 Enthaltungen) und der Ständerat (mit 42 zu 0 Stimmen) hiessen in den Schlussabstimmungen das Doppelbesteuerungsabkommen mit Lettland gut, das Bestimmungen aus dem Projekt

Geschäfte des EFD 2018

von OECD und G20 zur Bekämpfung von Gewinnverkürzung und -verlagerung (BEPS) enthält. (16.3.)